DEBATTE

Die Tür öffnen

Für Russlands Beitritt zur Nato

Von Volker Rühe, Klaus Naumann, Frank Elbe und Ulrich Weisser

Altbundeskanzler Helmut Schmidt sieht mit Sorge, dass viele der heute handelnden Politiker nur geringe Geschichtskenntnisse haben. Er hätte hinzufügen können, dass es einen erschreckenden Kompetenzverlust für sicherheitspolitische und strategische Fragen gibt. Über die Zukunft der Nato, über ihr Selbstverständnis, ihr künftiges strategisches Konzept und die Frage, wie Russland eingebunden werden kann, gibt es in Deutschland keine nennenswerte Diskussion. Berlin zeigt weder Meinungsführerschaft, noch gehen von dort Impulse für die internationale Debatte aus. Darüber ist man im Bündnis enttäuscht, und man fragt sich, ob die Deutschen Angst vor der Debatte haben oder einfach nicht mehr fähig sind, zukunftsweisende Beiträge einzubringen.

Europas Sicherheit bleibt aber eine ständige Aufgabe, und neue Herausforderungen verlangen andere Antworten als bisher. Der euroatlantische Raum braucht Frieden und Stabilität im Inneren und zugleich Schutz gegen Gefahren von außen. Schließlich verlangt die Konstellation einer multipolaren Welt, eine Balance zur politisch-ökonomisch-strategischen Dynamik der großen asiatischen Mächte zu finden.

Die Nato ist diesen Aufgaben so, wie sie jetzt beschaffen ist, nicht gewachsen. Das Bündnis sollte sich künftig als strategische Klammer der drei Mächtegruppierungen Nordamerika, Europa, Russland verstehen. Diese Dreiergruppe hat gemeinsame Interessen, die durch dieselben Herausforderungen gefährdet sind und deshalb gemeinsame Antworten verlangen. Wenn das Bündnis dem Anspruch genügen will, das Primärforum für die Behandlung aller krisenhaften Entwicklungen zu sein – weil nur dort Amerika, Europa und Russland an einem Tisch sitzen –, dann muss es jetzt die institutionellen Voraussetzungen dafür schaffen. Russland sollte die Tür der Nato zum Beitritt geöffnet werden. Es müsste dann natürlich bereit sein, die Pflichten und Rechte eines Nato-Mitglieds als Gleicher unter Gleichen wahrzunehmen.

Russland wird sicher einen langen Weg gehen müssen, ehe alle Voraussetzungen zum Beitritt erfüllt sind. Aber der Washingtoner Nato-Vertrag steht dem nicht entgegen. Denn nach ihm können die Vertragsparteien durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat zum Beitritt einladen, der in der Lage ist, die Grundsätze des Nato-Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen. Dabei gilt im 21. Jahrhundert gewiss ein Sicherheitsbegriff, der den Schutz der Menschenrechte ebenso einschließt wie den Respekt vor den Prinzipien des Rechtsstaates, zu denen politischer Pluralismus, freie Marktwirtschaft, Pressefreiheit und andere Grundrechte gehören. Der Respekt vor diesen Normen und Prinzipien ist sowohl innerhalb der Nato wie auch der EU das eigentliche Fundament europäischer Stabilität und Sicherheit. Die Nato wird deshalb darauf verweisen, dass die Allianz eine Wertegemeinschaft ist. Es wird noch dauern, bis Russland diesen Kriterien voll entspricht. Allerdings hat die Perspektive einer Mitgliedschaft bisher bei allen Beitrittskandidaten einen Prozess ausgelöst, der schließlich zum Wertekonsens führte.

In den vergangenen Jahren hat die Nato bereitwillig ihre Tore für den Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten geöffnet. Der russische Staatspräsident hat diese Entwicklung jüngst so bewertet, dass fast alle Staaten ihren Platz in Europa gefunden hätten – bis auf Russland. Das Bündnis hat Russland lange vernachlässigt und nicht dieselbe Aufmerksamkeit geschenkt. Das beiderseitige Verhältnis ist nicht im Geiste einer gelebten strategischen Partnerschaft entwickelt worden, und Russland hat durch Pflege des Feindbildes Nato seinerseits Chancen verspielt. Ebenso gilt, dass die Bereitschaft der Nato-Staaten, mit Russland kooperative Ansätze in der Sicherheitspolitik zu entwickeln, über zwei Jahrzehnte immer mehr verlorengegangen ist – gemessen an jener Aufbruchstimmung von 1990, als der Londoner Nato-Gipfel der Sowjetunion „die Hand zur Freundschaft" reichte.

ITAR-TASS

Militärparade bei Moskau

Sicherheit in und für Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.

In der Frage, wie Russland einzuschätzen und wie mit Russland umzugehen ist, gibt es keinen Konsens. Die Mitglieder der Allianz wie auch der EU sind über diese fundamentale Frage tief zerstritten. Dabei geht es im Wesentlichen darum, dass die neuen Mitglieder der Nato aus historischen Gründen ihre Sicherheit gegen Russland definieren, während Westeuropa dem Imperativ folgt: Sicherheit in und für Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.

Russland hat immer wieder deutlich gemacht, dass es sich durch die Erweiterung der Nato und das Vorschieben der Bündnisgrenzen um tausend Kilometer nach Osten ausgegrenzt fühlt. Und es hat Bedenken geäußert, dass Staaten, die vormals Teil der Sowjetunion waren, Mitglied der Nato werden. Die Nato aber pocht darauf, dass jeder Staat in Europa dem Bündnis seiner Wahl beitreten kann. Beide Seiten dürfen sich nicht in diese Kontroverse verrennen, weil sie das Potential für einen ernsthaften Konflikt in sich birgt. Russlands Mitgliedschaft in der Nato würde die Zuordnung Georgiens und der Ukraine zu den europäischen Strukturen erleichtern – denn bereits die Bereitschaft, Mitglied zu werden, setzt die Anerkennung der territorialen Integrität der Staaten Europas voraus.

Die euroatlantische Gemeinschaft braucht Russland aus vielerlei Gründen: für Energiesicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle, für die Verhinderung von Proliferation, für Lösungen